



Barthle-Brief

Nr. 26

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

20.3.2015

Thema der Woche:

Gemeinsames Handeln für den Frieden

Ukraine-Krise größte geopolitische Herausforderung seit Beendigung des Kalten Krieges

„Russlands Griff nach der Krim genauso wie seine Handlungen in der Ostukraine fordern uns Europäer heraus“, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag in ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 19./20. März 2015 in Brüssel. Doch die EU habe – trotz unterschiedlicher Interessen – stets geschlossen reagiert. Hierauf werde sie auch in Zukunft hinwirken, so Merkel.

„Das Denken in Blöcken und Einflussphären schien ein für alle Mal überwunden“, so die Bundeskanzlerin. Nun aber müsse sich die Europäische Union ein Jahr nach dem verfassungswidrigen Krim-Referendum mit der schwierigen Lage in der Ukraine befassen. Denn die vor 25 Jahren erreichte Selbstbestimmung der mittel- und osteuropäischen Staaten sei in Gefahr. Merkel analysierte: „Wir wussten damals wie heute: Die Gründe, die für dieses Referendum genannt wurden, waren Vorwände. Dieses Referendum hatte einen einzigen Zweck: Es war das Werkzeug, einem russischen Plan folgend, die Krim der Ukraine zu entreißen. Russland sollte die Krim dann als Teil bekommen – und so ist es auch geschehen.“ Die Annexion der Krim „war und bleibt ein Akt gegen das internationale Recht“, kritisierte Merkel. Sie stehe im Widerspruch zu den Verträgen, in denen sich Russland zur Achtung der Integrität und Souveränität der Ukraine verpflichtet hatte. Damit habe Russland das Fundament der europäischen Friedensordnung in Frage gestellt. Sie sei froh, so die Bundeskanzlerin, „dass Europa darauf von Anfang an und bis heute eine klare Antwort gegeben hat.“

Russlands Griff nach der Krim, genau wie seine Handlungen in der Ostukraine, forderten

die Europäer heraus. Die Interessen innerhalb der Europäischen Union seien zwar unterschiedlich, ebenso die Abhängigkeiten von Energieimporten oder Handelsverbindungen. Dennoch habe die EU die Herausforderung „bis heute bestanden“, betonte die Kanzlerin. „Wir haben uns nicht spalten lassen, wir haben in der Diskussion – wie es unsere Art ist – zu gemeinsamen Entscheidungen gefunden und diese auch nach außen vertreten“, sagte Merkel und bezog die transatlantischen Partner in diese Einmütigkeit ein. Sie werde mit der gesamten Bundesregierung darauf hinarbeiten, dass dies auch so bleibe.

Die Bundeskanzlerin erinnerte an ihre gemeinsame Initiative mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande vom Februar. Es sei dabei vorrangig darum gegangen, das Blutvergießen und das tägliche Leid der Menschen in der Ostukraine zu beenden. Das in Minsk von Russland, der Ukraine und den prorussischen Separatisten vereinbarte Maßnahmenpaket sehe nach einem Waffenstillstand und dem Abzug schwerer Waffen weitere politische Schritte zur Lösung des Konflikts vor. „Uns musste immer klar sein, dass dieser Prozess nicht ohne Verzögerungen und Rückschläge ablaufen würde, dass er nur ein Hoffnungschimäre sein konnte. Nicht mehr – aber eben auch nicht weniger“, betonte Merkel. Auch wenn der Waffenstillstand noch zerbrechlich sei und der Waffenabzug noch nicht ausreichend überwacht werde, seien doch „Anfänge gemacht“.

Merkel erläuterte ihre Haltung zur europäischen Sanktionspolitik gegenüber Russland. Die im Juli und September auslaufenden Maßnahmen „wollen und können wir nicht aufhe-

ben, wenn nur erste Forderungen der Minsker Vereinbarungen erfüllt sind. Das wäre falsch“, stellte sie klar. Sie werde sich deshalb dafür einsetzen, „dass sich die Dauer der Sanktionen am Paket von Minsk und seiner Erfüllung orientiert.“

Mit Blick auf den nächsten Gipfel der Östlichen Partnerschaft im Mai in Riga erklärte Merkel, die Ukraine-Krise beeinflusse auch das Verhältnis zu den übrigen östlichen Nachbarn. „Ziel ist nicht der Beitritt zur Europäischen Union oder zur NATO. Die Östliche Partnerschaft – das gilt unverändert – richtet sich gegen niemanden, auch nicht gegen Russland“, stellte die Kanzlerin klar. Sie bedauere daher sehr, dass Präsident Putin dennoch Entscheidungen einzelner Länder für ein EU-Assoziierungs-abkommen „zu einer Frage von ‚entweder oder‘, für oder gegen Russland, gemacht“ habe. Das Gegenteil sei der Fall: „Es geht nicht um ‚entweder oder‘, sondern es geht um ‚sowohl als auch‘, von dem alle nur profitieren können“, betonte Merkel. In diesem Geiste werde die EU ihr Angebot der Östlichen Partnerschaft auch bekräftigen.

Hintergrund zum Europäischen Rat am 19./20. März 2015 in Brüssel: Offizielle Themen des zweitägigen EU-Frühjahrgipfels sind neben der Ukraine auch die geplante Energieunion und das transatlantische Handelsabkommen TTIP. Merkel mahnte im Deutschen Bundestag erneut einen Abschluss der Verhandlungen mit den USA noch 2015 an. In Sachen Griechenland ist außerdem ein Sondertreffen vorgesehen, an dem neben Merkel und Tsipras auch EU-Ratspräsident Donald Tusk, Frankreichs Präsident François Hollande, EZB-Präsident Mario Draghi, EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker sowie Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem teilnehmen.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

Kontroverse um eine Vorratsdatenspeicherung

Leidenschaftlich diskutierte der Deutsche Bundestag an diesem Mittwoch über die umstrittene Vorratsdatenspeicherung. Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nahmen sich die Abgeordneten im Rahmen einer Aktuellen Stunde des Themas an.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt attackierte vor allem die Sozialdemokraten. „Wie sehr müssen die Umfragewerte eigentlich schmerzen, dass Sie glauben, sie mit der Vorratsdatenspeicherung lindern zu können?“, fragte Göring-Eckardt. Die SPD sei „an einem Wochenende umgekippt“, sagte die Grünen-Abgeordnete.

Hintergrund waren die jüngsten Äußerungen des SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel. Gabriel hatte gegenüber dem „Deutschlandfunk“ erklärt, dass die Vorratsdatenspeicherung notwendig sei. Bis dato hatten sich die Sozialdemokraten – im Gegensatz zur Union – eher zurückhaltend bei dem Vorhaben gezeigt. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Thomas Strobl, freute sich, im Rahmen der Debatte mit „Falschinformationen“ aufräumen zu können. So sei schon der Titel der von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde falsch, da hier von einem „nationalen Alleingang“ gesprochen werde. Fakt sei, dass mehr als 20 EU-Staaten eine Regelung zur Vorratsdatenspeicherung hätten. Und diese sei auch in Deutschland nötig, denn sie sei ein von Sicherheitsbehörden gefordertes Instrument zur Aufklärung schwerer Straftaten, etwa im Bereich des Terrorismus oder der Kinderpornografie.

Die Vorratsdatenspeicherung sei aber auch kein „Allheilmittel“. Die Anschläge in Paris seien damit nicht verhindert worden. Die gespeicherten Daten hätten aber im Nachgang dabei geholfen, das Umfeld der Täter aufzuklären und so möglicherweise weitere Anschläge zu verhindern.

Zudem sei es „perfide“, von „Totalüberwachung“ zu sprechen, sagte Strobl. Es würden keine Inhalte, sondern lediglich Verbindungsdaten gespeichert. Außerdem könnte so eine einheitliche Regelung für Kunden und Unternehmen geschaffen werden, denn aktuell gebe es einen „Wildwuchs“ bei den Telekommunikationsunternehmen in Bezug auf die Speicherung von Daten. Dies gelte etwa dafür, welche Daten wie lange wo gespeichert werden – und wann sie „endgültig gelöscht werden“, betonte Strobl. Er wies zudem darauf hin, dass er auch keinen SPD-Innenminister kenne, der gegen die Vorratsdatenspeicherung sei.

Bundestag erinnert an Volkskammerwahl 1990

25 Jahre nach der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 hat der Bundestag am Mittwoch, 18. März 2015, die Bedeutung dieses Ereignisses für die friedliche Revolution in der DDR und die deutsche Einheit gewürdigt. Die damals gewählte Volkskammer habe sich mit ihrem Beitrag zu einem „historisch ebenso beispiellosen wie beispielhaften Veränderungsprozess in Deutschland und Europa“ einen „herausragenden Platz in der deutschen Parlamentsgeschichte“ gesichert, sagte Parlamentspräsident Norbert Lammert in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder der Volkskammer, darunter deren damalige Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl und der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière. Er verwies zugleich darauf, dass die vor 25 Jahren erzielte Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent die höchste sei, „die es bei freien Wahlen in der deutschen Geschichte auf Bundes- beziehungsweise Reichsebene jemals gegeben hat“. Dies zeige, wie sehr die Menschen in der DDR dies damals als ein außerordentliches Ereignis empfunden haben. „Es wäre allzu schön, wenn das Bewusstsein der Errungenschaft, in freien Wahlen selbst darüber befinden zu können, wie die eigenen Angelegenheiten geregelt werden sollen, in dieser Gesellschaft lebendig bliebe“, fügte Lammert hinzu.

Ausschreitungen in Frankfurt

Mit einer vereinbarten Debatte über die Vorkommnisse in Frankfurt am Main anlässlich der Einweihung der Zentrale der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März reagierte der Deutsche Bundestag auf die Ausschreitungen bei den Demonstrationen. Der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder fand in der Debatte klare Worte: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist schockiert von der beispiellosen Gewalt, die sich am Mittwoch in Frankfurt gezeigt hat.“ Die massive Gewaltanwendung während der Blockupy-Protteste, „die menschenverachtende Brutalität, die von Linksextremisten ausgeübt wurde“, müsse „von allen Fraktionen auf das Schärfste verurteilt werden“. Darüber müsse im Parlament geredet werden. „Das sind alle Demokraten den Polizeibeamten und Feuerwehrleuten schuldig, die

in einem bisher nicht bekannten Maße in Frankfurt von Linksextremisten attackiert wurden“. Volker Kauder sprach den Sicherheitskräften in diesem Zusammenhang hohen Respekt und Dank aus.

Zitat

«Wir werden Zeit haben, ausführlich miteinander zu reden und vielleicht auch zu diskutieren.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag über das für Montag, den 23. März, vereinbarte Treffen mit Griechenlands neuem Ministerpräsidenten Alexis Tsipras in Berlin)